

Prozent der staatlichen Steuereinnahmen aus direkten Massensteuern. Weitere 25 Prozent kommen aus den Verbrauchersteuern, sind also auch vor allem von den Werkträgern aufzubringen. Die Monopole hingegen erhalten trotz steigender Gewinne noch Steuervergünstigungen, was dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspricht. Die von den Monopolen an maßgebliche Bonner Parteien und Politiker gezahlten Schmiergelder haben diese Entwicklung erwiesenermaßen gefördert.

Diese Steuerpolitik des imperialistischen Staates, dazu noch weitere von den Werkträgern zu leistende Abgaben, haben eine Schmälerung des Realeinkommens zur Folge. Wird dabei noch die inflationäre Preissteigerung in Betracht gezogen, so bleibt unter dem Strich in jedem Fall ein Reallohnverlust. Das bedeutet für die Masse der Bürger, sich notgedrungen weiter einzuschränken, auch für die, die noch Arbeit haben.

Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren in der BRD eine ganze Reihe von Maßnahmen in Kraft gesetzt, die die Einkommen der Werkträgern und Rentner zusätzlich belasten. Dazu gehören unter anderem Rezeptgebühren, finanzielle Beteiligung bei Kuren, Selbstfinanzierung bestimmter Arzneimittel und Abzüge bei den Renten für die Krankenversicherung. Und es werden immer neue Maßnahmen dieser Art staatlich verordnet. In der BRD führten die zusätzlichen Belastungen der Renten durch Versicherungsbeiträge, Verschiebung des Zeitpunktes von Anpassungsmaßnahmen usw. zu realen Einkommensverlusten. Von offizieller Bonner Seite wurde in jüngster Zeit eingestanden, daß die Sicherung der Rentenzahlung für die Zukunft keinesfalls garantiert ist. Anstatt die fehlenden Milliarden unter anderem durch Kürzung der Rüstungsausgaben aufzubringen, werden neue Beitragserhöhungen für die Rentenversi-

cherung verfügt sowie eine Erhöhung der Beitragszahlung der Rentner für gesundheitliche Betreuung angekündigt. Auch weitere Erhöhungen der „Selbstbeteiligung“ bei Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln sind vorgesehen.

Auch diese Entwicklung ist typisch für alle imperialistischen Staaten. So müssen in Großbritannien ab 1. April dieses Jahres die Bürger für die Ausstellung eines Rezeptes statt bisher 1,60

Imperialistische Strategie des Sozialabbaus

Die Kürzungen der Sozialtats zugunsten der Rüstung und der Profite haben inzwischen gewaltige Dimensionen erreicht. So wurden in den USA zwischen 1981 und 1984 die verschiedensten Sozialprogramme um 110 Milliarden Dollar gekürzt. Im kommenden Haushaltsjahr fallen weitere 40 Milliarden Dollar dem Rotstift zum Opfer, während die Rüstungskosten gegenüber dem Vorjahreshaushalt um 31,2 Milliarden Dollar steigen. In den letzten Jahren wurden für 4 Millionen Bürger der USA die Zuwendungen für Lebensmittelbeihilfen herabgesetzt und für eine Million völlig gestrichen. Fast eine halbe Million Familien mit einem unter dem Existenzminimum liegenden Einkommen beziehen keine Wohlfahrtsunterstützung mehr. Auf Grund der rigoros zusammengestrichenen Unterstützungsprogramme für Arbeitslose bezogen Mitte 1984 nur noch 29,2 Prozent aller Arbeitslosen eine Unterstützung. Für mehr als 16 Millionen Familien in den USA gibt es keinerlei Versicherungsschutz für medizinische Betreuung und Versorgung. Mehr als zwei Millionen US-Bürger ziehen als Obdachlose durch die Städte. Im November 1984 veröffentlichte die römisch-katholische Bischofskonferenz der USA den Entwurf eines Hirtenbriefes zum Thema: „Katholische Soziallehre und die USA-Wirtschaft.“ Darin wird unter anderem festgestellt:

Pfund "Sterling 2 Pfund Sterling (über 7 Mark) sowie für eine Routinezahnbehandlung statt bisher 14,50 Pfund Sterling 18 Pfund Sterling (ca. 70 Mark) zahlen. Wie inzwischen selbst in bürgerlichen britischen Medien eingestanden werden muß, gibt es „einen kompletten Stillstand in den 1985/86 real zur Verfügung stehenden Mitteln für den nationalen Gesundheitsdienst“, während „die Rüstungsprogramme unverändert fortgeführt werden“.

„Die Tatsache, daß in einer Nation, die so wohlhabend wie die unsere ist, so viele Menschen arm sind, ist ein sozialer und moralischer Skandal.“ Dieser „Skandal“ hat gerade in der Zeit, in der die Hochrüstung immer weiter forciert wurde, zu neuen Dimensionen geführt. So stieg die Zahl derer in den USA, die offiziell als arm ausgewiesen werden, zwischen 1979 und 1984 von 26 auf 35 Millionen an, weitere 20 bis 30 Millionen zählen zu den Bedürftigen.

Was die BRD betrifft, so wurden dort zwischen 1981 und 1983 mehr als 250 Steuer- und sozialpolitische Rechtsveränderungen in Kraft gesetzt (siehe dazu unter anderem „Neuer Weg“ 14/83, S. 556, und 9/84, S. 362). Der vor allem über Haushaltsstrukturgesetze durchgesetzte Sozialabbau belastete die Einkommen der Werkträgern mit etwa 182 Milliarden DM.

Auch in der BRD ist Armut zu einem gesellschaftlichen Problem geworden. Heute muß offiziell eingestanden werden, daß etwa zwei Millionen Familien in der BRD als arm gelten und mindestens weitere vier Millionen Familien an der Grenze des Existenzminimums leben. Etwa 2,7 Millionen BRD-Bürger sind heute auf Sozialhilfeunterstützung angewiesen — 1970 waren es 1,4 Millionen. Wie aus jüngsten Untersuchungen hervorgeht, kommen auf 52 registrierte Sozialhil-